

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Landtag stellt in Sonder-
sitzung epidemische
Lage für Sachsen fest



Seite 11:
Abgeordnete befragen
Ministerpräsident
Kretschmer im Plenum



Seite 20:
Nils Fechner berichtet
über seine Erfahrungen
als Schülerpraktikant

Ausgabe
8.21



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

ein neues Jahr hat begonnen und ich wünsche Ihnen auf diesem Wege Zufriedenheit, Glück und Wohlergehen. Vor allem aber hoffe ich darauf, dass wir 2022 mit Zuversicht und Besonnenheit angehen. Es besteht die begründete Hoffnung, dass es ein gutes und leichteres Jahr wird.

Der Sächsische Landtag hat 2021 gezeigt, dass er verlässlich seine Aufgabe als Volksvertretung erfüllt. Unser Parlament bearbeitete insgesamt 3 445 Drucksachen. Von den Abgeordneten und Fraktionen ergingen acht Große und 2 758 Kleine Anfragen an die Staatsregierung. 15 Gesetzentwürfe wurden beschlossen und sieben abgelehnt. Elf weitere Gesetzesvorhaben befinden sich noch auf dem Weg. Unter den zahlreichen Vorhaben des vergangenen Jahres will ich den Beschluss zum Doppelhaushalt 2021/2022 hervorheben. Der Landtag hat von dem ihm zugewiesenen Königsrecht intensiv Gebrauch gemacht. Kaum ein Haushaltsentwurf zuvor trug jemals so deutlich die Handschrift des Parlaments.

Im zurückliegenden Jahr war der Landtag an allen grundsätzlichen Beschlüssen zur Corona-Pandemie beteiligt. So hat er beispielsweise im Dezember mit der Feststellung einer epidemischen Lage der Staatsregierung zusätzliche Handlungsspielräume ermöglicht. Über die Debatte berichtet der Landtagskurier in der vorliegenden Ausgabe. Er berichtet auch über die anderen Sitzungstage im Dezember.

Auf der jüngsten Plenarsondersitzung Anfang Januar ergriff ich die Gelegenheit, meine Neujahrsansprache vor den Abgeordneten des Sächsischen Landtags zu halten. Ich habe darin angesichts der anhaltenden Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen vor einer wachsenden Misstrauensgemeinschaft gewarnt. Was wir jetzt vielmehr brauchen, ist eine Vertrauensgemeinschaft. Weitere Gedanken aus der Rede finden sich ebenfalls in diesem Landtagskurier. Viel Freude beim Lesen!

Matthias Rößler
Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

40. Sitzung des Sächsischen Landtags Ausweg gesucht Landtag debattiert über zusätzliche Corona-Schutzmaßnahmen.....	4
41. Sitzung des Sächsischen Landtags Ruhe vor dem Sturm? Die Neuinfektionen sinken, könnten aber bald wieder steigen....	5
41. Sitzung des Sächsischen Landtags Mit allen Mitteln des Rechtsstaats CDU-Fraktion fordert konsequente Verfolgung politisch motivierter Gewalt	6
41. Sitzung des Sächsischen Landtags Wie sicher ist die Stromversorgung? AfD-Fraktion sieht in Wind und Sonne unzuverlässige Energielieferanten	7
42. Sitzung des Sächsischen Landtags Wiederkehrende Muster DIE LINKE verweist auf Gemeinsamkeiten von Pegida- und Corona-Protesten	8
42. Sitzung des Sächsischen Landtags Chancen für Klima und Wirtschaft BÜNDNISGRÜNE machen auf EU-Klimapaket aufmerksam	9
42. Sitzung des Sächsischen Landtags Investitionen statt Haushaltskürzungen SPD-Fraktion will Fonds für Zukunftsprojekte schaffen.....	10
42. Sitzung des Sächsischen Landtags »Wir müssen für Entlastung sorgen.« Ministerpräsident Michael Kretschmer wird befragt.....	11
43. Sitzung des Sächsischen Landtags Unverhältnismäßige Einschränkungen AfD-Fraktion sieht Versammlungsfreiheit in Sachsen gefährdet.....	12

AKTUELLES

Enthusiastische Politik für Stabilität und Freiheit Landtagspräsident ruft zur gesellschaftlichen Aussöhnung auf.....	14
Wechsel an der Verwaltungsspitze Landtagsdirektor Dr. Christopher Metz tritt in den Ruhestand ..	15
Neue Beauftragte für den sächsischen Datenschutz Dr. Juliane Hundert folgt auf Andreas Schurig.....	16

PARLAMENT

Grundgesetz der Kommunalebene Innenausschuss beschäftigt sich mit Neufassung des Kommunalrechts.....	18
Laufende Gesetzgebung	19

JUGEND

Zwei Wochen Crashkurs in Landespolitik Nils Fechner berichtet über seine Eindrücke vom Schülerpraktikum im Landtag.....	20
--	----

GESCHICHTE

Von Reversen, Bestellungen und Impresen Quellensammlung zur Geschichte der sächsischen Landtage erschienen.....	22
--	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

Von epidemischer Lage bis Versammlungsfreiheit

Foto: S. Floss

// Zum regulären Sitzungskalender des Sächsischen Landtags kamen zuletzt gleich zwei Termine hinzu. Am 6. Dezember 2021 stellten die Abgeordneten die epidemische Lage für Sachsen fest, am 5. Januar 2022 debattierten sie über die Versammlungsfreiheit während der Corona-Pandemie. Dazwischen lagen wie geplant die Plenartage vom 21. und 22. Dezember 2021. In den Aktuellen Debatten ging es um politische Gewalt, Versorgungssicherheit, Protestkultur in Sachsen, EU-Klimaschutz und zukünftige Investitionen. Außerdem stellte sich der Ministerpräsident einer Befragung durch das Parlament. //



// Abstimmung über den Antrag der Staatsregierung // Foto: O. Killig

Ausweg gesucht

Dr. Daniel Thieme

Landtag debattiert über zusätzliche Corona-Schutzmaßnahmen

// In seiner 40. Sitzung am 6. Dezember 2021 stellte der Sächsische Landtag die epidemische Lage für den Freistaat Sachsen gemäß dem Bundesinfektionsschutzgesetz fest. 78 Abgeordnete stimmten am Ende einer hitzigen Debatte für den Antrag der Staatsregierung, 32 Abgeordnete dagegen. Auf Basis dieses Beschlusses erhält die Staatsregierung weitergehende Rechte zur Pandemie-Eindämmung. //

Infektionszahlen müssen sinken

Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, stellte klar, dass es grundsätzlich zwei Wege gebe, um die Infektionszahlen zu senken: entweder die Bundesregierung beschließe gleiche Regeln für alle Bundesländer oder diese handelten in eigener Verantwortung. Im letzteren Fall müssten die Länder aber auch die notwendigen Instrumente erhalten. Es sei kein würdiger Umgang mit dem Föderalismus, wenn der Bund vorschreibe, was in Sachsen zur Bekämpfung der Pandemie in Betracht käme.

Jörg Urban, AfD, befand, es brauche keine epidemische Notlage, wenn das Gesundheitssystem intakt wäre. Der Investitionsstau in den sächsischen Krankenhäusern belaufe sich auf über 350 Millionen Euro. Hinzu käme die Schwierigkeit, aufgrund schlechter Bezahlung und Überlastung, ausreichend Pflegekräfte zu finden. Zum Thema Meinungsfreiheit sagte Urban, diese schütze freie Äußerungen der Bürger vor dem Staat und nicht den Staat vor seinen Bürgern.

Corona gefährdet soziales Gefüge

Es zeige sich eine spürbare Erschöpfung in der Gesellschaft, konstatierte Christian Hartmann, CDU. Die Bereitschaft, sich aufgrund der hohen Fallzahlen und der neuen Virusvariante Omikron erneut einzuschränken, sei gering. Corona entwickle sich so zu einer Bedrohung für das soziale Gefüge. Es brauche daher wirksame Maßnahmen, die das Infektionsgeschehen reduzierten, ohne der Gesellschaft als Ganzes wieder flächendeckende Schließungen zuzumuten.

Rico Gebhardt, DIE LINKE, warf den sächsischen Behörden, einschließlich der Staatsregierung, in mehreren Punkten Versagen vor. Sie hätten zu Beginn der Pandemie überharte Maßnahmen ergriffen, dann aber die zweite Welle vollkommen unterschätzt. Hinzu komme die schlechte Impfquote in Sachsen sowie eine miserable Kommunikation, vor allem beim Thema Weihnachtsmärkte. Trotz der vorgetragenen Kritik sei es zweifellos notwendig, eine pandemische Lage in Sachsen festzustellen.

Parlament stärker einbeziehen

Sachsen habe gegenwärtig die höchsten Inzidenzen und daher auch die bundesweit härtesten Regeln, stellte Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, fest. Die Maßnahmen müssten fortgesetzt und, wenn nötig, ausgeweitet werden können. Das Ziel sei es, die medizinische Versorgung zu ermöglichen, Menschenleben zu retten und Todesfälle zu minimieren. Darüber hinaus gelte es, Kinder und Jugendliche zu entlasten und sie nicht erneut zu Verlierern der Pandemie werden zu lassen.

SPD: Priorität für Kinder und Jugendliche

Dirk Panter, SPD, forderte, dass sich in Sachsen der Blick auf die Pandemie ändern müsse. Es sei bitter, dass sich angesichts der schwierigen Lage immer noch viele im Pseudo-Widerstand oder Misstrauen eingerichtet hätten. Die Krankenhäuser arbeiteten am Limit. Um sie zu entlasten, müssten die gültigen Einschränkungen verlängert werden. Dies sei Ausdruck von Fürsorge und Solidarität sowie Respekt gegenüber jenen, die Menschen versorgten und Leben retteten.



41. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Petra Köpping // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Ruhe vor dem Sturm?

Die Neuinfektionen sinken, könnten aber bald wieder steigen

// Seit einem Jahr berichtet die Sächsische Staatsregierung regelmäßig zur Corona-Pandemie in Sachsen. In der 41. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 21. Dezember 2021 gab sie eine neuerliche Lageeinschätzung ab: Die Situation in den Krankenhäusern ist angespannt. Das Auftreten der Omikron-Variante gibt Anlass zur weiteren Vorsicht. //

Inzidenzen gehen zurück

Sachsen liege mit einer Inzidenz von aktuell 660 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner noch immer deutlich über dem Bundesdurchschnitt, so Sozialministerin Petra Köpping, SPD. Dennoch zeigten die bereits ergriffenen Maßnahmen Wirkung. Thomas Schmidt, Staatsminister für Regionalentwicklung, CDU, berichtete aus seinem Ressort, dass es trotz der Pandemie gelungen sei, Förderrichtlinien im sozialen Wohnungsbau, in der ländlichen Entwicklung und im Strukturwandel neu aufzusetzen oder weiter umzusetzen.

Jörg Urban, AfD, forderte die Staatsregierung auf, die coronabedingte Einschränkung des Versammlungsrechts umgehend zurückzunehmen. Es sei nicht nachgewiesen, dass Demonstrationen im Freien das Infektionsgeschehen verstärkt hätten. Die Proteste legten vielmehr einen massiven Vertrauensverlust in die Regierenden offen. Dieser rühre aus den gebrochenen Versprechen der Politik, beispielsweise beim Impfen und der Impf-

pflicht. Auch die bisherigen Corona-Maßnahmen seien sachlich nicht überzeugend.

Nicht hetzen, sondern impfen

Alexander Dierks, CDU, erwiderte, gerade das Zweifeln am Impfen führe derzeit dazu, dass die Intensivstationen an ihre Belastungsgrenzen stießen. Wenn die AfD wirklich dazu beitragen wolle, die getroffenen Schutzmaßnahmen wieder abzustreifen, dann dürfe sie die Leute nicht länger aufhetzen, sondern solle dazu aufrufen, sich impfen zu lassen. Geplante medizinische Eingriffe aufzuschieben, um die Situation unter Kontrolle zu halten, sei keineswegs einfach.

Bei Corona gehe es im Wortsinn um Leben und Tod, daran gebe es überhaupt nichts zu verharmlosen, so Susanne Schaper, DIE LINKE. Die Zahl der Sterbefälle in Sachsen habe im November 2021 37 Prozent über dem mittleren Wert der Vorjahre gelegen. Man müsse sich fragen, ob alles für eine höhere Impfquote getan wurde. Die Schließung der Impfzent-

ren habe sicher nicht dazu beigetragen. Auch die Kostenpflicht bei den Tests einzuführen, sei falsch gewesen.

Weitere Schließungen denkbar

Die Zahlen in Sachsen gingen derzeit zurück, bemerkte auch Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE. Es sei aber völlig unklar, was die neue Omikron-Variante mit sich bringe und wie Sachsen nach Weihnachten und Silvester dastehe. Daher müsse darüber diskutiert werden, welche besonders kontaktintensiven Bereiche noch schließen müssten. Die Fraktion der BÜNDNISGRÜNEN setze sich gleichwohl dafür ein, zukünftig Menschen unter 18 Jahren von den Einschränkungen auszunehmen.

Simone Lang, SPD, stellte fest, dass die Mehrheit der Menschen in diesem Land versuche, so pragmatisch wie möglich mit dieser Pandemie umzugehen. Sie hielten sich an beschlossene Maßnahmen, ließen sich impfen und versuchten, andere zu tolerieren. Es stünden in der heutigen Zeit ausreichend medizinische Möglichkeiten bereit, um sich vor Krankheiten zu schützen. Die vorhandenen Impfstoffe seien sicher, es lägen mittlerweile Daten von Millionen von Menschen dazu vor.



// Die erste Aktuelle Debatte der 41. Sitzung des Sächsischen Landtags hatte die CDU-Fraktion beantragt. Anlass waren der Fackelaufmarsch vor dem Haus von Sozialministerin Petra Köpping sowie Morddrohungen gegen Ministerpräsident Michael Kretschmer im Messaging-Dienst Telegram. Der Titel der Debatte lautete: »Verschwörungstheorien, Bedrohungen von Mandatsträgern und Hass sowie Hetze im Netz mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen«. //

// Susan Leithoff // Foto: S. Floss

41. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Mit allen Mitteln des Rechtsstaats

CDU-Fraktion fordert konsequente Verfolgung politisch motivierter Gewalt

Vertrauen in die Justiz

Susan Leithoff, CDU, stellte klar, dass es niemanden unberührt lassen dürfe, wenn Mandatsträger und Repräsentanten des Freistaates bedroht würden. Vielmehr müsse man sich entschieden und mit allen Mitteln des Rechtsstaates gegen diesen Hass zur Wehr setzen. Die Untersuchungen der bekannten Vorfälle hätten gezeigt, dass der Staat konsequent dagegen vorgehe. Ebenso wie die sächsische Polizei genieße auch die unabhängige sächsische Justiz das Vertrauen der CDU-Fraktion.

Auch Mitglieder und Abgeordnete seiner Partei würden häufig Opfer politisch motivierter Gewalt, bekundete Dr. Joachim Keiler von der AfD. Sie hätten unter anderem Morddrohungen erhalten und seien an Wahlkampfständen angegriffen worden. Zu Recht verurteile man Demonstranten, die mit Fackeln in der Hand vor Privathäuser von Politikern zögen. Wenn jedoch Autos auf den Grundstücken von AfD-Mitgliedern angezündet würden, bleibe ein ähnlicher Aufschrei aus.

Inhalte effektiver kontrollieren

Nach Ansicht von Kerstin Köditz, DIE LINKE, habe sich die Debatte der vergangenen Woche vor allem um die Verbreitungswege von Hassbotschaften gedreht. Im Fokus stehe die digitale Plattform Telegram, die sich der Justiz entziehe und auch deshalb derzeit so beliebt sei. Um mehr zu erreichen, müsse man das Gesamtproblem anders anpacken. Dazu zählten vor allem die Inhalte der digitalen Dienste, wie etwa unzählige Beleidigungen, Volksverhetzungen und bössartige Verschwörungserzählungen aller Art.

Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, rief dazu auf, Straftaten im Netz schneller nachzugehen. Dafür sei es notwendig, mehr kompetentes Personal, etwa bei der IT-Forensik, bereitzustellen. Ebenso notwendig sei es, die Soko Rex personell und technisch weiter zu stärken. Es brauche vereinfachte Möglichkeiten, um Hass und Hetze den Ermittlungsbehörden zu melden. Lippmann forderte überdies dazu auf, Falschbehauptungen nicht stehen zu lassen, sondern sie richtigzustellen.

Demokratische Werte schützen

Albrecht Pallas, SPD, merkte an, die Messenger-App selbst sei nicht radikal, sondern es seien die Menschen, die dort Hass und Hetze verbreiteten. Telegram breche nicht geltendes Recht auf sächsischen Straßen. Auch rufe der Dienst nicht von sich aus zu illegalen und gefährlichen Zusammenkünften auf, bei denen Journalistinnen und Journalisten, Polizeibeamtinnen und -beamte oder Unbeteiligte angegriffen würden. Die Brände legten andere, der Messenger diene lediglich als Brandbeschleuniger.

Die Corona-Pandemie sei nicht nur gesundheitspolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch eine große Herausforderung, bilanzierte Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU, am Ende der Debatte. Ihm machten die Menschen Sorgen, die skeptisch seien, doch mit ihnen könne und wolle man diskutieren. Es gebe aber Gegner unseres Gemeinwesens, denen es nicht um die Bekämpfung der Pandemie gehe, sondern darum, den demokratischen Rechtsstaat zu beseitigen.

Dr. Daniel Thieme

Wie sicher ist die Stromversorgung?

AfD-Fraktion sieht in Wind und Sonne unzuverlässige Energielieferanten

41. Sitzung des Sächsischen Landtags

// »Blackout – Gefahr durch die deutsche Energiewende«, so lautete der Titel der zweiten Aktuellen Debatte am 21. Dezember 2021. Der Antrag stammte von der AfD-Fraktion. Bei einem Blackout fällt die Stromversorgung überregional aus und nahezu die gesamte Infrastruktur und Versorgung kommen zum Erliegen. //

Strom schlecht speicherbar

Jan-Oliver Zwerg, AfD führte zu Beginn aus, dass Deutschland als hochentwickeltes Industrieland sich nicht der Gefahr eines Blackouts aussetzen dürfe. Ausreichend Strom könnten die erneuerbaren Energien hierzulande nicht ansatzweise bieten. Sonne und Wind lieferten an viel zu wenigen Tagen im Jahr Strom. Die überzählig erzeugte Energie lasse sich nicht einfach im Netz speichern, sondern müsse gegen Bezahlung ins Ausland abgegeben werden.

Lars Rohwer, CDU, erklärte, dass ein Blackout heutzutage eher über einen Hackerangriff entstehe als über eine fehlende Stromversorgung. Bei einem flächendeckenden Ausfall komme der Strom über den europäischen Verbund aus einem anderen Land. Zudem geschehe der Umbau der Energieversorgung auf Wunsch der Bürger. Für den gesetzlich längst beschlossenen Austritt aus der Atomenergie gebe es eine klare Mehrheit in Deutschland.

Keine Blackout-Gefahr gegeben

Ein Blackout sei höchst unwahrscheinlich, stimmte Marco Böhme, DIE LINKE, zu. Deutschland exportiere trotz des richtigen Atomausstiegs und des kommenden Kohleausstiegs weiterhin Strom ins Ausland. Debatten müssten eher über die Netzfrequenz geführt werden. Die sogenannte Momentanreserve solle Sorge dafür, das Netz zu stabilisieren. Sie werde in Kern- und Kohlekraftwerken bereitgehalten. Zukünftig könnten Erdgas- oder Wasserstoffkraftwerke diese Aufgabe übernehmen.

Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE, sah ebenfalls keine Blackout-Gefahr in Deutschland und Europa. Versorgungssicherheit sei das höchste Gut im europäischen Energiesystem. Die durchschnittliche Stromausfallzeit habe im vergangenen Jahr auf dem niedrigsten je gemessenen Stand gelegen – und das trotz des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Alle notwendigen Technologien

zur Bewältigung des Klimawandels lägen auf der Hand. Davon könnten alle Bürgerinnen und Bürger profitieren.

Energiewende zu langsam

Bei der Energiewende befinde man sich gewiss nicht auf einem Irrweg, verkündete Volkmar Winkler, SPD. Unzufrieden könne man lediglich damit sein, in welchem Tempo sie in den letzten Jahren vorangekommen sei. Sachsen gehöre zu den Schlusslichtern beim Ausbau erneuerbarer Energien, vor allem bei der Windenergie. Es fehle ein Masterplan, wie das Energiesystem umgestellt werden solle.

Die Energiewende werde vorangebracht, um ein nachhaltiges System zu schaffen und um die Klimaschutzziele zu erreichen, so Umweltminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE. Die Versorgungssicherheit habe zentrale Bedeutung. Zum Ausgleich von Schwankungen stellten Stromspeicher, aber auch flexibel in Wärmenetze eingebundene Gaskraftwerke wichtige Systemkomponenten dar.

// Jan-Oliver Zwerg // Foto: S. Floss



Wiederkehrende Muster

DIE LINKE verweist auf Gemeinsamkeiten von Pegida- und Corona-Protesten

42. Sitzung des Sächsischen Landtags

// »Von Pegida-Aufmärschen bis zu Corona-Protesten: Sachsen durch CDU-geführte Staatsregierung nicht zum ›Land der Verharmloser‹ machen lassen – zivilgesellschaftliche Bündnisse für Solidarität in der Krise unterstützen!« lautete der Titel der ersten Aktuellen Debatte am 22. Dezember 2021. Die Fraktion DIE LINKE hatte sie auf die Tagesordnung gesetzt. //

Fehlende Abgrenzung nach rechts

Kerstin Köditz, DIE LINKE, bezog sich in ihrem Beitrag auf eine Studie der TU Dresden. Demnach gebe es in Sachsen bei niedrigen Impfquoten zugleich bemerkenswert viele Anti-Corona-Demonstrationen. Die gegenwärtigen Proteste ähnelten in mancher Hinsicht den Anfängen der Pegida-Demonstrationen und machten eine spezielle Protestkultur in Sachsen sichtbar. Dieser fehle es an einer Abgrenzung nach Rechtsaußen. Politikerinnen und Politikern würden bedroht, Medien und die Polizei angegriffen.

Die CDU regiere zwar seit 30 Jahren, merkte Ronald Pohle, CDU, an, doch dies teilweise mit wechselnden Koalitionspartnern. Noch in der Zeit der Alleinregierung seien erhebliche Mittel in die Verfolgung von rechten Straftaten gesteckt worden. Mit jedem Doppelhaushalt stiegen die Gelder für Demokratieförderung an. Mittlerweile erhielten drei Ministerien immense Mittel dafür. Zwei davon lägen nicht in der Verantwortung der CDU. Große Fortschritte zur Stärkung der Demokratie seien indes nicht zu erkennen.

Linksextremismus als Problem

Lars Kuppi, AfD kritisierte, dass in Sachsen vor allem linksextremistische Gewalttaten verharmlost würden. Leipzig entwickle sich zum größten Brennpunkt für Linksextremismus in Deutschland. DIE LINKE solle aufhören, zwischen demokratischen und undemokratischen Demonstrationen, gutem Extremismus und schlechtem Extremismus zu unterscheiden. Schuld trage insbesondere auch die CDU. Diese habe friedliche Demonstranten bei Pegida und auch bei den Corona-Protesten diffamiert.

Die Angriffe auf die Werte der Demokratie ähnelten sich bei Corona-Protesten und Pegida-Demonstrationen, urteilte auch Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Vom Hass bei Pegida sei es nur ein kleiner Schritt hin zu den Angriffen auf eine Moschee gewesen. Auf den Corona-Demos führe das gegenseitige Aufstacheln gegen die Demokratie bis hin zu Mordplänen gegen den Ministerpräsidenten. Um etwas zu ändern, müssten konsequent diejenigen gestärkt werden, die sich Demokratiefeinden widersetzen.

Schwache Widerstandskraft

Frank Richter, SPD, konstatierte, dass die Zivilgesellschaft in Sachsen schwächere Widerstandskräfte gegen Nationalismus und Rechtsextremismus zeige als anderswo. Dies werde an mehreren Beispielen sichtbar: So stehe etwa in Zwönitz eine Gedenkstele, die undifferenziert Geschichtsdaten von 1871, 1933 und 1989 aufführe. Die Stadt Falkenstein habe die Chance vertan, einen Preisträger für die Alfred-Roßner-Medaille zu bestimmen und damit ein Zeichen für Courage zu setzen.

Die Demokratie lebe davon, dass jeder seine Meinung kundtun könne. Dieses Recht dürfe aber nicht durch Verfassungsfeinde missbraucht werden, so der Staatsminister des Innern, Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU. Der Großteil der Menschen im Land stehe zu Solidarität und zum Zusammenhalt. Die Staatsregierung unterstütze zivilgesellschaftliches Engagement schon lange. Auch gehe sie konsequent gegen Rechtsextremismus vor, etwa durch die Wiedereinrichtung der Soko Rex und im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes.

// Ronald Pohle, Lars Kuppi, Kerstin Köditz, Valentin Lippmann, Frank Richter // Fotos: O. Killig



Chancen für Klima und Wirtschaft

BÜNDNISGRÜNE machen auf EU-Klimapakete aufmerksam

Dr. Daniel Thieme

// Wolfram Günther // Foto: O. Killig

42. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die zweite Aktuelle Debatte der 42. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags hatte die Klimapolitik zum Inhalt. Das von den BÜNDNISGRÜNEN beantragte Thema lautete: »Fit für 55« und der Koalitionsvertrag im Bund: Neue Leitplanken für ambitionierten Klimaschutz und nachhaltigen Strukturwandel in Sachsen«. Die Europäische Kommission hatte im Juli 2021 beschlossen, die Netto-Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. //

Vorsprung durch Innovationen

Es müsse gelingen, so schnell wie möglich neue Leitplanken für einen ambitionierten Klimaschutz in Deutschland und in der EU zu setzen. Damit würde zugleich die Wirtschaft angekurbelt, äußerte sich Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE. Unternehmen sollten einen Wettbewerbsvorteil erzielen, wenn sie klimaneutral produzierten. Außerdem brauche es für bestimmte Importe einen CO₂-Preis, damit das Problem nicht einfach in andere Länder weitergereicht werde.

Dr. Stephan Meyer, CDU, lobte den europäischen Ansatz in der Klimapolitik, wies aber auch auf noch zu lösende Probleme hin. Nachhaltigkeit habe nicht nur eine Umwelt- und Sozialdimension, sondern beinhalte auch wirtschaftliche Aspekte. Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit seien die Voraussetzung, um Geld zu verdienen und in Umweltschutz und soziale Pakete zu investieren.

Ein globaler Emissionshandel stelle den besten Ansatz dar, da er auf dem Marktprinzip beruhe.

Mobilitätswende nicht akzeptiert

Jörg Urban, AfD, übte an der Zielsetzung und einzelnen Maßnahmen des Klimapakets deutliche Kritik. So seien Elektroautos alles andere als umweltfreundlich. Dennoch würde die Mobilitätswende, die viele Bürger nicht wollten, mit dem Brecheisen durchgesetzt. Die EU-Gebäuderichtlinie beinhalte ebenfalls unrealistische Auflagen. Sie führten dazu, dass Millionen Wohngebäude nicht mehr genutzt werden dürften.

Zum ersten Mal gebe es einen europäischen Plan zum Schutz der Lebensgrundlagen, so Marco Böhme, DIE LINKE. Seine Fraktion unterstütze diesen grundsätzlich. Da das EU-Programm erhebliche Auswirkungen für Sachsen habe, müsse man sich dringend

damit auseinandersetzen. An den Zielen könne noch einiges verbessert werden, zum Beispiel beim Thema Sozialfonds. Menschen, die sich höhere Energiekosten nicht leisten könnten, müsse geholfen werden.

Öffentliche Förderungen gefragt

Auf die wirtschaftlichen Folgen des EU-Klimaprogramms wies Volkmar Winkler, SPD, hin. Wenn es bis zum Jahr 2045 gelingen solle, klimaneutral zu werden, stünde Sachsen der größte industrielle Modernisierungsprozess seit 1990 bevor. Es gehe um Zukunftsinvestitionen und sichere Arbeitsplätze von morgen. So hätten die Automobil- und Stahlindustrie, aber auch die Bauwirtschaft bereits Pläne vorbereitet, für deren Umsetzung es nun öffentliche Förderungen brauche.

Wolfram Günther, Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, BÜNDNISGRÜNE, mahnte, dass Sachsen gerade mehrere Jahre hintereinander die Folgen des Klimawandels erlebt habe. Deswegen sei es wichtig, den Veränderungen entgegenzutreten. Die Staatsregierung habe das Energie- und Klimaprogramm als strategischen Rahmen beschlossen. Sachsen besitze beste Wertschöpfungschancen, etwa bei der Wasserstoffwirtschaft.

// Der Antrag für die dritte Aktuelle Debatte am 22. Dezember 2021 ging von der SPD-Fraktion aus. Unter dem Titel »Moderne Finanzpolitik für Sachsen: Sozialen Zusammenhalt sichern und die Zukunft gestalten.« spricht sie sich unter anderem für einen »Sachsenfonds« mit klar definierten Aufgaben aus. //

// Hartmut Vorjohann

42. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Investitionen statt Haushaltskürzungen

SPD-Fraktion will Fonds für Zukunftsprojekte schaffen

Sondervermögen für Investitionen

Der anstehende ökonomische, ökologische und digitale Wandel brauche eine Finanzpolitik mit Augenmaß, hob Dirk Panter, SPD, an. Kürzungen und vorschnelle Tilgungen dürften den sächsischen Wirtschaftsstandort nicht gefährden. Vielmehr brauche es eine kluge und nachhaltige Politik. Über ein Sondervermögen könnte beispielsweise in die Verkehrswende, Digitalisierung, Forschung und die Bildungsinfrastruktur investiert werden. Ein Teil des Geldes solle aus Zuführungen zum Beamtenpensionsfonds kommen.

Für die CDU erinnerte Georg-Ludwig von Breitenbuch an das Gebot der Sparsamkeit.

// Dirk Panter // Fotos: O. Killig



Diese liege bekanntlich zwischen Verschwendung und Geiz. Man wolle bis 2025 wieder einen ausgeglichenen Haushalt in Sachsen und gleichzeitig den Generationsfonds erhalten ohne sich mehr als notwendig zu verschulden. Die aufgenommenen Kredite sollten zügig zurückgezahlt werden. Dies sei dank der guten Finanzsituation der Kommunen sowie der Entwicklung in der Wirtschaft auch realistisch.

Schlüsselbereiche stärken

André Barth, AfD, fragte, warum die SPD ihre jetzigen Forderungen nicht bereits im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zum Doppelhaushalt 2021 geäußert habe. Schließlich hätte sie dann ähnlich lautenden Anträgen der AfD zustimmen können. Die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung unter allen Bundesländern habe Sachsen in der Corona-Pandemie sehr geholfen. Ein Sondervermögen sah Barth kritisch, da es der Haushaltsgesetzgeber zwar einrichte, dann aber größere Mitspracherechte einbüße.

Die schwarze Null, also ein Haushalt ohne neue Schulden, erfreue zwar den Buchhalter, habe aber mit moderner Finanzpolitik wenig zu tun, so Nico Brünler, DIE LINKE. Die Aufnahme von Verbindlichkeiten diene der Generationengerechtigkeit, wenn sie in Schlüs-

selbereichen investiert werde. Unternehmen arbeiteten genauso, wenn sie Bankkredite aufnehmen würden. Sparzwang gehe indes zulasten kommender Generationen, was sich beispielsweise beim Internetausbau zeige.

Sorge vor Intransparenz

Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, betonte, die zwei wichtigsten Themen zur Sicherung der Zukunft seien der gesellschaftliche Zusammenhalt und der Klimawandel. Um zu einer modernen Finanzpolitik zu kommen, müsse der Haushalt strukturell geordnet werden. Auch müsse man prüfen, wo mehr Transparenz geschaffen werden könne. Da sei ein Sondervermögen, das für Sonderzwecke angelegt werde, nicht der bevorzugte Weg.

Man könne nicht mehr ausgeben und anschließend bemängeln, wenn es bei den Investitionen enger werde, so Finanzminister Hartmut Vorjohann, CDU. Für den kommenden Haushalt seien erhebliche Anstrengungen aller Beteiligten erforderlich, außerdem solle es keinen weiteren Stellenaufwuchs geben. Es werde auch eine hohe Investitionsquote angestrebt. Damit komme dem nächsten Haushalt eine Brückenfunktion zu, für 2025/2026 solle er schließlich strukturell ausgeglichen aufgestellt werden.

»Wir müssen für Entlastung sorgen.«

Ministerpräsident Michael Kretschmer wird befragt

Foto: O. Killig



42. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Unter dem Titel »Herausfordernde Zeiten – Sachsen gemeinsam gestalten« stand der sächsische Ministerpräsident bei einer Befragung im Plenum Rede und Antwort. Für seine Eingangsworte standen ihm fünf Minuten zur Verfügung. Anschließend konnten die Fraktionen Fragen stellen. //

Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, betonte, dass die Sächsische Staatsregierung in den vergangenen zwölf Monaten neben der Pandemiebewältigung an vielen Stellen Zukunftsentscheidungen getroffen habe. So würden gegenwärtig die letzten Siedlungen mit Breitband versorgt. Außerdem seien in über 1 260 Fällen einzelbetriebliche Investitio-

nen gefördert, 4 600 Arbeitsplätze geschaffen und über 20 000 Arbeitsplätze erhalten worden. Das Bildungsticket verzeichne 116 000 Abonnements.

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Hintergründe der Protokollnotiz?

Rico Gebhardt, DIE LINKE, wollte wissen, warum der Ministerpräsident nach den gestrigen Bund-Länder-Gesprächen eine Protokollerklärung abgegeben habe, in der er sich für die Wiedereinführung der »epidemischen Lage nationaler Tragweite« einsetze.

Mit der Protokollerklärung wollte er dem Robert-Koch-Institut zur Seite springen, betonte Michael Kretschmer. Wissenschaftliche Erkenntnisse über das, was der Kampf gegen das Virus erfordere, müssten auch in dieser Pandemie handlungsleitend sein.

Alternative für Deutschland
ABSTRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

Neue Pflegekräfte?

Thomas Prantl, AfD, stellte fest, dass die Intensivstationen, ähnlich wie im vergangenen Jahr, seit Anfang Dezember wieder am Limit lägen. Er wolle wissen, was der Ministerpräsident getan habe, um neue Pflegekräfte zu gewinnen.

Sachsen hätte sich dafür entschieden, die Belegung in den Krankenhäusern zum Maßstab zu machen, so Kretschmer. Die Kraft der Delta-Variante sei jedoch überraschend gewesen. Man setze sich nun dafür ein, die Krankenhäuser wieder zu entlasten.

CDU FRAKTION DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES

Stand der Corona-Maßnahmen?

Alexander Dierks, CDU, eröffnete die Fragerunde. Vom Ministerpräsidenten wollte er wissen, wie es um die aktuellen Corona-Maßnahmen bestellt sei, welche Rolle das Impfgeschehen spiele und wie der Aufbau der Impfkapazitäten vorankomme.

Der Ministerpräsident antwortete, die aktuellen Maßnahmen muteten den Menschen in Sachsen viel zu. Sie seien aber erfolgreich und beruhigten Kontakte und Mobilität. Der Rückgang reiche allerdings noch nicht aus, um die Belastungen im Gesundheitswesen zu senken.

SPD
Fraktion im Sächsischen Landtag

Wer kontrolliert die Grenze?

Simone Lang, SPD, erklärte, dass die Tschechische Republik seit November als Risikogebiet gelte, die Einreise sei nur unter bestimmten Bedingungen möglich. Sie frage sich aber, wie die Regeln eingehalten werden sollten, wenn niemand sie kontrolliere.

Der Ministerpräsident erwiderte, dass man gegenüber der tschechischen Regierung den Wunsch geäußert habe, in Europa über Grenzen hinweg abgestimmt vorzugehen. Es sei bedauerlich und schädlich, dass dies bisher nicht möglich gewesen sei.

BÜNDNIS GRÜNE LANDTAG SACHSEN

Was wird aus der Kultur?

Dr. Claudia Maicher, BÜNDNISGRÜNE, konstatierte, dass viele Künstlerinnen und Künstler derzeit schmerzhaft ihr Publikum vermissen würden. Was wolle der Ministerpräsident tun, um Zuversicht für die Kultur in Sachsen zu schaffen.

Der Kulturbereich zeige viel Verständnis für die gegenwärtigen Maßnahmen, so der Ministerpräsident. Dennoch sähen viele Menschen ihr Lebenswerk bedroht. Man werde Anfang Januar darüber sprechen, ob wieder mehr möglich werden könne.

Unverhältnismäßige Einschränkungen

AfD-Fraktion sieht Versammlungsfreiheit in Sachsen gefährdet

// Der Sächsische Landtag trat am 5. Januar 2022 zu seiner 43. Sitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war ein Antrag der AfD-Fraktion zum Thema: »Versammlungsfreiheit in Sachsen nicht unverhältnismäßig beschränken!«. Darin wurde unter anderem gefordert, die Teilnehmerobergrenze bei Demonstrationen umgehend aufzuheben. Der Antrag erhielt keine Zustimmung. //

Versammlungsrecht ausgehebelt

Die aktuellen Beschränkungen der Versammlungsfreiheit in Sachsen seien völlig unverhältnismäßig, befand Jörg Urban, AfD. Mit einer Teilnehmerbegrenzung auf zehn Personen setze die Sächsische Staatsregierung das Versammlungsrecht faktisch außer Kraft. Hinzu komme, dass sie keine ausreichende Begründung dafür nenne. An der frischen Luft bestünde durch Demonstrationen keine Infektionsgefahr. Vielmehr würden die Maßnahmen dazu dienen, Kritiker mundtot zu machen.

Martin Modschiedler, CDU, führte hingegen aus, dass die Versammlungsfreiheit weiterhin gewährleistet werde. Das gelte auch dann, wenn sie befristet eingeschränkt sei. Bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung beurteile und entscheide die Staatsregierung auf Basis aktueller Erkenntnisse aus Wissenschaft und Medizin. Zum Zeitpunkt, als die Zehn-Personen-Grenze festgelegt worden sei, lag die Sieben-Tage-Inzidenz in Sachsen bei über 1000. Diese Abwägung müsse regelmäßig geprüft werden.

Obergrenze überdenken

Kerstin Köditz, DIE LINKE, warf der AfD vor, die Sondersitzung mit falschen Behauptungen vom Zaun gebrochen zu haben. Entgegen der Annahme des vorliegenden Antrags, die Staatsregierung erlaube die Ausübung des Versammlungsrechts nicht, fänden doch weiterhin Versammlungen statt. Auch sei es falsch, von einer fehlenden Begründung zu sprechen, da auch diese vorliege. Als höchst fragwürdig erscheine jedoch die willkürliche Festlegung auf zehn Personen.

Die Versammlungsfreiheit gehöre zu den unentbehrlichen Funktionselementen der

Demokratie, hob Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, an. Zwar sei sie seit Beginn der Pandemie mal mehr, mal weniger eingeschränkt gewesen, sie dürfe es aber nicht dauerhaft sein. Die aktuelle Regelung träfe auch jenen Teil der Gesellschaft, der öffentlich Haltung gegen eine überlaute Minderheit auf der Straße zeige. Daher sollte über eine Erhöhung der Teilnehmerzahl nachgedacht werden.

Gesundheitsschutz hat Priorität

Albrecht Pallas, SPD, erinnerte daran, dass das Versammlungsrecht nicht das einzige hohe Gut sei, das der Staat zu schützen habe. Damit die Zahlen nicht weiter anstiegen, brauche es weniger Kontakte. Versammlungen bewirkten jedoch das Gegenteil. Die Unversehrtheit des menschlichen Lebens sollte in diesem Falle Vorrang haben. Lasse es die Infektionslage zu, müsse aber wieder gelockert werden. Schließlich gelte die Versammlungsfreiheit auch in der Pandemie.

Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU, berichtete, dass die sächsische Polizei zuletzt an vielen Orten gefordert gewesen sei. Dabei habe es mehrere Angriffe und Anfeindungen gegen Einsatzkräfte gegeben. Die Taten hätten nichts mit einem friedlichen Versammlungs- und Demonstrationsgeschehen zu tun. Vielmehr müsse man darauf mit beschleunigten Verfahren eine klare Antwort geben. Dies schulde man jenen, die ihre Gesundheit riskierten, um die Demokratie zu schützen.

Neuer Abgeordneter

Tom Unger, CDU, aus Pirna ist als Abgeordneter in den Sächsischen Landtag nachgerückt. Er folgt auf Dr. Christiane Schenderlein, die 2021 in den Bundestag gewählt wurde.



Neuanfänge und Abschiede

// Weihnachtspyramide im Foyer des
Sächsischen Landtags // Foto: S. Füssel

// Wie bereits im vergangenen Jahr hielt Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler seine Neujahrsansprache im Plenarsaal des Sächsischen Landtags. Die Gelegenheit dazu bot ihm eine außerplanmäßige Sitzung am 5. Januar 2022. Einen Neuanfang bedeutet das Jahr 2022 ebenfalls für die neue Landtagsdirektorin Dr. Silvia Brüggem sowie die neue Sächsische Datenschutzbeauftragte Dr. Juliane Hundert. //

Dr. Thomas Schubert

Enthusiastische Politik für Stabilität und Freiheit

Landtagspräsident ruft zur gesellschaftlichen Aussöhnung auf

Foto: O. Killig

// Erneut konnte der Sächsische Landtag das neue politische Jahr nicht mit dem traditionellen Neujahrsempfang einläuten. Stattdessen richtete Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner zu Beginn der Plenarsitzung am 5. Januar 2022 das Wort an Abgeordnete und Öffentlichkeit. //

Der Inflation des Misstrauens in die Politik begegnen

Er sei in Gedanken bei all denen, die in Sachsen hart gegen die Pandemie ankämpften, beim medizinischen Personal und den Pflegekräften, bei jenen, die in allen Bereichen des Wirtschaftslebens, in den Bildungseinrichtungen oder im Sicherheits- und Justizbereich ihre Pflicht erfüllten, so Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner zu Beginn. Ihnen allen danke er von ganzem Herzen.

Man durchlebe gerade eine Zeit der Zumutungen und Unsicherheit. »Einige Zumutungen sind durch die Pandemie über uns gekommen, einige haben wir uns in Form von Beschränkungen als freie Bürgergesellschaft bewusst auferlegt.« Parallel zwingt die Pandemie die Politik mehr denn je zum Entscheiden unter Unsicherheit, was auch Fehlbarkeit offenlege. Die Gefahr einer andauernden Vertrauenskrise sei daher groß. Er sehe einerseits eine

»Inflation des Misstrauens in die Politik«, andererseits helfe die übergroße Mehrheit, das Sozialgefüge in unserem Land zu bewahren, so der Landtagspräsident. Aussöhnung sei das Gebot der Stunde. »Wir brauchen wieder eine Vertrauensgemeinschaft.«

Jeder einzelne könne zudem mit einer Impfung gegen Covid-19 den gemeinsamen Weg aus der Pandemie unterstützen. »Ich appelliere daher noch einmal an die Landsleute, die sich bislang aus den unterschiedlichsten Gründen nicht haben impfen lassen: Bitte greifen Sie die Angebote auf! Ergreifen Sie die ausgestreckte Hand der

Medizin! Schützen Sie sich und schützen Sie andere!«

Zur Normalität der Freiheit zurückkehren

Es sei nun die Zeit, diese Verantwortung für sich selbst und für andere zu zeigen, war sich Landtagspräsident Dr. Röbner sicher. »Das ist das Gebotene, das ist die gemeinsame Kraftanstrengung, um wieder zu unserem gewohnten Leben, zur Normalität der Freiheit zurückkehren zu können. Denn was wir unbedingt brauchen, ist Stabilität – ob bei Bildung, Wirtschaft,

Gesundheit, Gesellschaft oder Staat. Diese Stabilität kann es mit einer Pandemie nicht geben.«

Zumal die sonstigen Aufgaben, die wirklich großen Herausforderungen zahlreich seien, wie etwa die Wirtschafts- und Währungsstabilität, die technologische Transformation, die Entwicklungen bei Migration und Demografie, der Klimawandel oder die Verschiebungen in der globalen Ordnung. Entscheidend sei, sich mit »einer gestaltenden, einer enthusiastischen Politik für Stabilität und Freiheit« diesen Herausforderungen zu stellen. Hierin liege die große Aufgabe.

Die Neujahrsansprache ist in voller Länge auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags abrufbar.



Foto: S. Giersch

Fotos: O. Killig

Die Redaktion

Wechsel an der Verwaltungsspitze

Landtagsdirektor Dr. Christopher Metz tritt in den Ruhestand

// Nach 19 Jahren endete am 31. Dezember 2021 die Amtszeit von Dr. Christopher Metz als Direktor beim Sächsischen Landtag. Parlamentspräsident Dr. Matthias Rößler dankte ihm zu Beginn der 41. Plenarsitzung am 21. Dezember 2021 und würdigte seine Arbeit. Zu seiner Nachfolgerin wurde Dr. Silvia Brüggem bestellt. //

Als Dr. Christopher Metz am 1. Januar 2003 das Amt als Landtagsdirektor antrat, war Sachsen noch mit den Folgen des Elbehochwassers aus dem Jahr zuvor beschäftigt. Die Flut hatte damals am Landtagsgebäude umfangreiche Schäden angerichtet. Auch die Jahre danach hielten stetig neue Herausforderungen für die Parlamentsverwaltung bereit. Bei seinem Abschied im Jahr 2021 war es nun die Corona-Pandemie, die den Direktor bis zum letzten Arbeitstag beschäftigte.

Die epidemische Lage in Sachsen verhinderte auch, dass die Verabschiedung in einem größeren Rahmen stattfinden konnte. Daher ergriff Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler in der letzten Plenarsitzung des Jahres 2021 das Wort und dankte dem langjährigen Direktor für sein großes Engage-

ment für den Landtag und den Freistaat Sachsen. Er habe mit sachlicher Leidenschaft gehandelt und stets nach einvernehmlichen Lösungen gesucht. Das Miteinander von Verwaltung und Fraktionen habe er überparteilich gemeistert. Das sei auch der Grund, weshalb Dr. Metz im Hohen Hause höchste Wertschätzung genossen habe, so der Landtagspräsident in seinen Dankesworten.

Der Direktor des Landtags leitet als ständiger Vertreter des Präsidenten die Landtagsverwaltung. Er ist ihm als politischer Beamter direkt unterstellt. Die Verwaltung des Landtags arbeitet als Dienstleister für die Fraktionen und die Mitglieder des Sächsischen Landtags. Ohne sie könnte das Parlament seine politische Funktion nicht ausüben.

Die neue Direktorin

Seit dem 1. Januar 2022 steht **Dr. Silvia Brüggem** an der Spitze der Landtagsverwaltung. Die neue Direktorin ist bereits seit 1992 im Sächsischen Landtag tätig und bekleidete seither mehrere Positionen. Unter anderem leitete sie das Haushaltsreferat und war Beauftragte für den Haushalt. Später übernahm Dr. Brüggem die Leitung des Referates Abgeordnetenangelegenheiten, Personal und Justizariat. Seit 2007 leitete sie die Abteilung Zentrale Dienste und war Stellvertreterin des Direktors beim Sächsischen Landtag.

Die neue Direktorin studierte Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg, der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Im Anschluss an ihr Zweites Staatsexamen arbeitete sie als Akademische Rätin an der Juristischen Fakultät der Universität Osnabrück. Brüggem promovierte auf dem Gebiet des Versicherungsrechts. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.



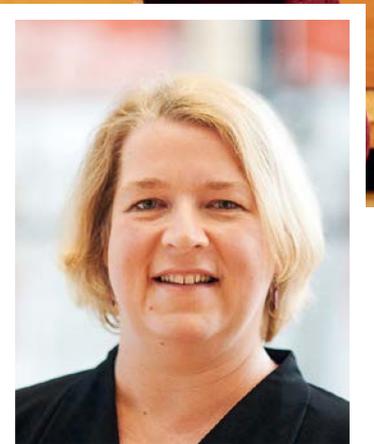


Die Redaktion

Neue Beauftragte für den sächsischen Datenschutz

Dr. Juliane Hundert folgt auf Andreas Schurig

// Der Sächsische Landtag wählte am 21. Dezember 2021 eine neue Sächsische Datenschutzbeauftragte. Das Amt liegt seit Beginn des neuen Jahres in den Händen von Dr. Juliane Hundert. Zur gleichen Zeit endete die Tätigkeit des bisherigen Datenschutzbeauftragten Andreas Schurig. Er hatte diese Funktion seit 2004 ausgeübt. //



Fotos: S. Floss

Im Dienste der Bürger

Die Sächsische Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt und berät Privathaushalte, Unternehmen, Vereine und zahlreiche öffentliche Stellen in Sachsen. Sie kontrolliert, ob die Datenschutzvorschriften eingehalten werden und geht Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nach. Laut dem Ausführungsgesetz zum Datenschutz in Sachsen wählt der Landtag die Amtsinhaberin für eine Dauer von sechs Jahren. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

Die neue Sächsische Datenschutzbeauftragte Dr. Juliane Hundert arbeitete bisher als Parlamentarische Beraterin und Justiziarin bei der Fraktion BÜNDNISGRÜNE im Sächsi-

schen Landtag. Die Behörde des Datenschutzbeauftragten kennt sie ebenfalls aus früheren Berufsjahren: Von 2005 bis 2010 war sie im Referat »Soziales, Statistik, Wissenschaft, nicht-öffentlicher Bereich« tätig. Erfahrung sammelte sie außerdem als Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Verwaltungs- und Sozialrecht sowie allgemeines Zivilrecht und Arbeitsrecht. Hundert wurde 1977 in Erlabrunn im Erzgebirge geboren. Sie ist verheiratet, hat drei Kinder und lebt mit ihrer Familie in Dresden.

Wachsende Aufgaben

Am Tag ihrer Wahl verabschiedete der Sächsische Landtag

gleichzeitig den bisherigen Amtsinhaber Andreas Schurig. Er leitete die Datenschutzbehörde über die Dauer von 18 Jahren. In dieser Zeit bearbeiteten er und seine Mitarbeiter mehrere Zehntausende Fälle. Eine der größten Herausforderungen in den vergangenen Jahren war die Umstellung auf die Europäische Datenschutz-Grundverordnung. Sie trat im Mai 2018 in Kraft. Allein zu diesem Thema gingen über 1 000 Beratungsanfragen bei ihm ein. Hinzu kamen über die Jahre zahlreiche neue Aufgaben und Pflichten für den Datenschutz. Den gewachsenen Anforderungen wurde in der Vergangenheit mit einer Neuausrichtung der kleinsten obersten Landesbehörde des

Freistaats Sachsen Rechnung getragen.

Die Sächsische Datenschutzbeauftragte und ihre über 30 Bediensteten nehmen ihre Aufgaben in völliger Unabhängigkeit wahr. Die Datenschutz-Grundverordnung sieht vor, dass sie dem Landtag und der Staatsregierung in einem jährlichen Tätigkeitsbericht Auskunft gibt. Öffentliche Stellen sind wiederum verpflichtet, die Sächsische Datenschutzbeauftragte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.



www.saechsdsb.de

Landtag aus unterschiedlichen Blickwinkeln

// Treppenaufgang im Landtagsgebäude // Foto: T. Schlorke

// Zu den wichtigsten Funktionen des Sächsischen Landtags gehört die Gesetzgebung. Alle Entscheidungen und Debatten beruhen dabei auf umfassender Transparenz. Dazu gehören unter anderem öffentliche Anhörungen. Eine fand am 16. Dezember 2021 zum Thema »Kommunalrecht« statt. //



Foto: © Raimond Spekking, wikimedia.org

Janina Wackernagel

Grundgesetz der Kommunalebene

Innenausschuss beschäftigt sich mit Neufassung des Kommunalrechts

// Im Jahr 2022 stehen viele Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen an. Vorher wird es im »Dritten Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts« noch einige Neuerungen geben. Zum Gesetzentwurf der Staatsregierung sowie zum Antrag der Fraktion DIE LINKE »Kommunalrechtsreform richtig machen!« führte der Innenausschuss am 16. Dezember 2021 eine öffentliche Anhörung durch. Die Koalitionsfraktionen hatten zur Anhörung einen umfangreichen Änderungsantrag vorgelegt. //

Die Staatsregierung möchte mit der Novelle die kommunale Selbstverwaltung und die Bürgerbeteiligung bei kommunalpolitischen Entscheidungen stärken. Bemerkenswert ist vor allem, dass Gemeinden unter 5 000 Einwohnern die Möglichkeit erhalten, den Bürgermeister im Hauptamt einzustellen. Jene, die das Amt im Ehrenamt ausführen, sollen einen monatlichen Ehrensold von 100 Euro bekommen. Desweiteren gibt es Änderungen z. B. bei den Sitzuteilungsverfahren, der Ausstattung von Fraktionen in den kommunalen Vertretungskörperschaften oder dem Absenken von Quoren für Bürgerentscheide. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE sieht vor, die Rahmenbedingungen für kommunale Bürgerbeteiligung noch niedrigschwelliger zu gestalten.

Diskussionen um neuen Ehrensold

Unter den Sachkundigen gab es während der Anhörung Lob für den geplanten Ehrensold für ehrenamtlich tätige Bürgermeister. Die Höhe von 100 Euro erschien vielen allerdings als zu niedrig angesetzt. Vorgeschlagen wurde, den Sold an einen Prozentsatz der im Amt erhaltenen Aufwandsentschädigung anzuknüpfen oder die geleisteten Dienstjahre anteilig zu berücksichtigen. Aus dem Sächsischen Rechnungshof gab es daneben außerdem zu bedenken, ob Bürgermeister von Gemeinden, die keine eigene Verwaltung haben, wirklich auch hauptamtlich arbeiten sollten. Der Sächsische Landkreistag schlug vor, die Gemeinden darüber selbst entscheiden zu lassen. Außerdem stimmte die

Mehrzahl der Sachkundigen darin überein, Übergangsfristen zuzulassen, sodass auch erst kürzlich gewählte Bürgermeister ein Hauptamt erhalten könnten ohne erst viele Jahre auf die nächste Wahl zu warten.

Kritik aus den Kommunen

Die Vertreter der sächsischen Kommunen kritisierten darüber hinaus viele Änderungsvorhaben als praxisfern und befürchteten zu weitgehende Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung: Die finanzielle oder personelle Ausstattung von Fraktionen sei mit hohen Kosten für die Kommunen verbunden, die Erhöhung der Zahl der Einwohnerversammlungen sei nicht notwendig und die Ausweitung von Informationsrechten würde

kleine Verwaltungen über das Maß beschäftigten. Insgesamt würden ihnen damit Spielräume genommen, bemängelten die Kommunen. Sie forderten die Staatsregierung auf, sie solle mehr auf das rechtmäßige Handeln vertrauen. Der Änderungsantrag der Fraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD schlage immerhin diesen Weg ein.

ZUM NACHLESEN

Wortprotokoll
**Öffentliche
Anhörung**



LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Drittes Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts, 7/7991 Staatsregierung	Nach dem Gesetzentwurf soll die Bürgerbeteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen erweitert werden. Vorgesehen ist zudem, Bürgermeister auch in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern hauptamtlich zu beschäftigen. Ehemalige ehrenamtliche Bürgermeister sollen einen pauschalen Ehrensold erhalten.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) am 16. Dezember 2021
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Coronabewältigungsfondsgesetzes, 7/8317 DIE LINKE	Ziel der Gesetzesänderung ist die Aufhebung der Einschränkungen bei der Mittelverwendung aus dem »Corona-Bewältigungsfonds Sachsen«.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss am 21. Dezember 2021
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie EU 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, 7/8343 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Der Gesetzentwurf sieht verwaltungsorganisatorische Vorgaben im sächsischen Wasser- und Immissionsrecht vor, die der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/2001 dienen.	Überweisung an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft am 9. Dezember 2021

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Neuordnung der Organisation von Studium, Ausbildung und Fortbildung der sächsischen Polizei, 7/6004 Staatsregierung	Auf die Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) wird die gesamte zentrale Aus- und Fortbildung der sächsischen Polizei übertragen. Ihr obliegt nun auch die Auswahl- und Einstellungsverfahren beim Bachelorstudium und bei der Ausbildung.	angenommen
Drittes Gesetz zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes, 7/7630 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Zur Unterstützung der Betroffenen werden das Blindengeld sowie die Nachteilsausgleiche erhöht.	angenommen
Gesetz zur Bestätigung des Grundsteuermesszahlengesetzes und zur redaktionellen Anpassung des Gesetzes zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr, 7/7820 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Aufgrund eines zwischenzeitlichen Bundesgesetzes zur Grundsteuer ist es erforderlich, den vom sächsischen Gesetzgeber bereits beschlossenen Rechtszustand wiederherzustellen.	angenommen
Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters, 7/8120 Staatsregierung	Das Zustimmungsgesetz überführt den Staatsvertrag in Landesrecht.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 21. Dezember 2021.

Zwei Wochen Crashkurs in Landespolitik

Nils Fechner*

Nils Fechner berichtet über seine Eindrücke vom Schülerpraktikum im Landtag

// Seit vielen Jahren bietet die Landtagsverwaltung Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, ihr Pflichtpraktikum (8. bzw. 9. Klasse) im Parlament zu absolvieren. Zwei Wochen lang können sie in die Politik hineinschnuppern, parlamentarische Abläufe kennenlernen, an Sitzungen teilnehmen und hinter die Kulissen der Landespolitik schauen. Doch wie läuft das Praktikum konkret ab und wie kommt das eigentlich bei den Praktikanten an? Wir haben nachgefragt bei Nils Fechner, 16 Jahre alt, Schülerpraktikant vom 1. bis 12. November 2021. //



Foto: T. Schlorke

* Mitarbeit: Katja Ciesluk



Mein Name ist **Nils Fechner**.

Ich bin 16 Jahre alt und komme aus Großdubrau in der Nähe von Bautzen. Seit der 7. Klasse lebe ich in einem Internat in Dresden, um hier die Schule mit meinen Ambitionen im Fußball verbinden zu können. Im November 2021 habe ich ein Schülerpraktikum im Rahmen der 10. Klasse in der Verwaltung des Sächsischen Landtags absolviert und möchte Ihnen einen kleinen Einblick geben, was ich während dieser Zeit erlebt habe.

Sie fragen sich wahrscheinlich und auch zurecht, wie ich zu diesem Praktikum kam. In der 8. Klasse besuchten wir mit der Schule den Landtag und lernten bei einer Führung das Parlament und seine Aufgaben kennen. Am Ende der Führung bekamen wir vom Besucherdienst einen Schülerkalender. In diesem Kalender fand ich eine Anzeige für ein Schülerpraktikum im Landtag. Kurz darauf bewarb ich mich und erhielt schnell eine Zusage. Leider machte mir Corona einen Strich durch die Rechnung und ich konnte das Praktikum nicht antreten. Ich probierte es im Folgejahr noch einmal – wieder kam Corona dazwischen. Schließlich klappte es aber nun im November 2021 doch noch.

Während meines Praktikums lernte ich viele verschiedene Arbeitsbereiche kennen. Die ersten Tage verbrachte ich bei den Amtsboten und durfte mit ihnen die Post innerhalb des Gebäudes verteilen. Dies half mir insgesamt für das Praktikum, da ich lernte, in welche Referate sich die Landtagsverwaltung gliedert und ich mich im Haus besser orientieren konnte. Anschließend lernte ich den Ausschussdienst kennen, wo ich in die Vor- und Nachbereitung von Ausschusssitzungen eingebunden war und auch an mehreren Sitzungen teilnahm. Es war sehr interessant zu sehen, was bei so einer Sitzung eigentlich alles passiert. Danach ging es für mich weiter zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, wo ich zum Beispiel hinter die Kulissen des Besucherdienstes schauen und die derzeit entstehende neue Website des Parlaments in Augenschein nehmen konnte. Außerdem durfte ich eine Führung begleiten und konnte gleich mal testen, welches Wissen von meinem eigenen Besuch im Landtag noch vorhanden war. Zufälligerweise fanden genau während meines Einsatzes dort Fotoaufnahmen für den Titel des Schülerkalenders 2022/23 statt. Spontan durfte ich dabei sein und zwar nicht hinter, sondern vor der Kamera! Ich bin gespannt, ob ich es auf das Cover des neuen Kalenders schaffe. Weiter ging es danach für mich zur Beschaffung und in die Bibliothek. Ich lernte zum Beispiel die Bibliothekssoftware kennen und durfte damit arbeiten. Die letzte Station meines Praktikums führte mich in die IT-Abteilung. Mir wurde gezeigt, was für das digitale Arbeiten im Landtag alles nötig ist und ich durfte sogar selbst einen Arbeitsplatz aufbauen.

Ein einzelnes Highlight gab es für mich nicht. Vielmehr war das ganze Praktikum ein großes Highlight. Jeder Bereich, den ich kennenlernen durfte, war auf seine Art und Weise interessant und spannend. Deshalb kann ich auf die Frage, ob mir etwas nicht so gefiel, nur mit Nein antworten. Natürlich gab es auch mal langweilige Phasen, dafür waren die anderen aber umso besser. Am meisten überrascht hat mich das Arbeitsklima. Stets hat man sich höflich begrüßt, egal, wem man über den Weg gelaufen ist. Erwartet hatte ich ein deutlich graueres und kälteres Klima.

Mein abschließendes Fazit: Die zwei Wochen waren sehr gelungen und haben mir sehr viel Spaß gemacht. Ich habe viel Neues kennengelernt und eine Menge Erfahrung für meine Zukunft gesammelt.



MEHR ZUM SCHÜLERPRAKTIKUM IM LANDTAG

www.landtag.sachsen.de/de/landtag/verwaltung/praktikum-98.cshtml

(Plätze je nach Verfügbarkeit und geltenden Corona-Regelungen)

Von Reversen, Bestallungen und Impresen

Quellensammlung zur Geschichte der sächsischen Landtage erschienen

Was könnte eine Urkunde von 1385 und ein Zeitzeugeninterview von 2010 verbinden? Sie verweisen auf den Beginn sowie den Neubeginn einer bis in die Gegenwart reichenden, fast sechshundert Jahre umfassenden Geschichte politischer Versammlungen in Sachsen, ediert und kommentiert in einer gerade erschienenen Quellensammlung. Das Interview bezieht sich auf den ersten sächsischen Landtag nach 1990, als mit der Wiederbegründung des Freistaates Sachsen auch ein Parlament etabliert und damit an die lange parlamentarische Tradition des Landes angeknüpft wurde. Interviewt wurde Stefan Rössel, der als Redak-

// Der Sächsische Landtag förderte ein Forschungsprojekt der TU Dresden, das die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforschte. Der Landtagskurier stellt unter der Rubrik »Geschichte« die in der Reihe »Studien und Schriften zur Geschichte der Sächsischen Landtage« erschienenen Bücher vor. //

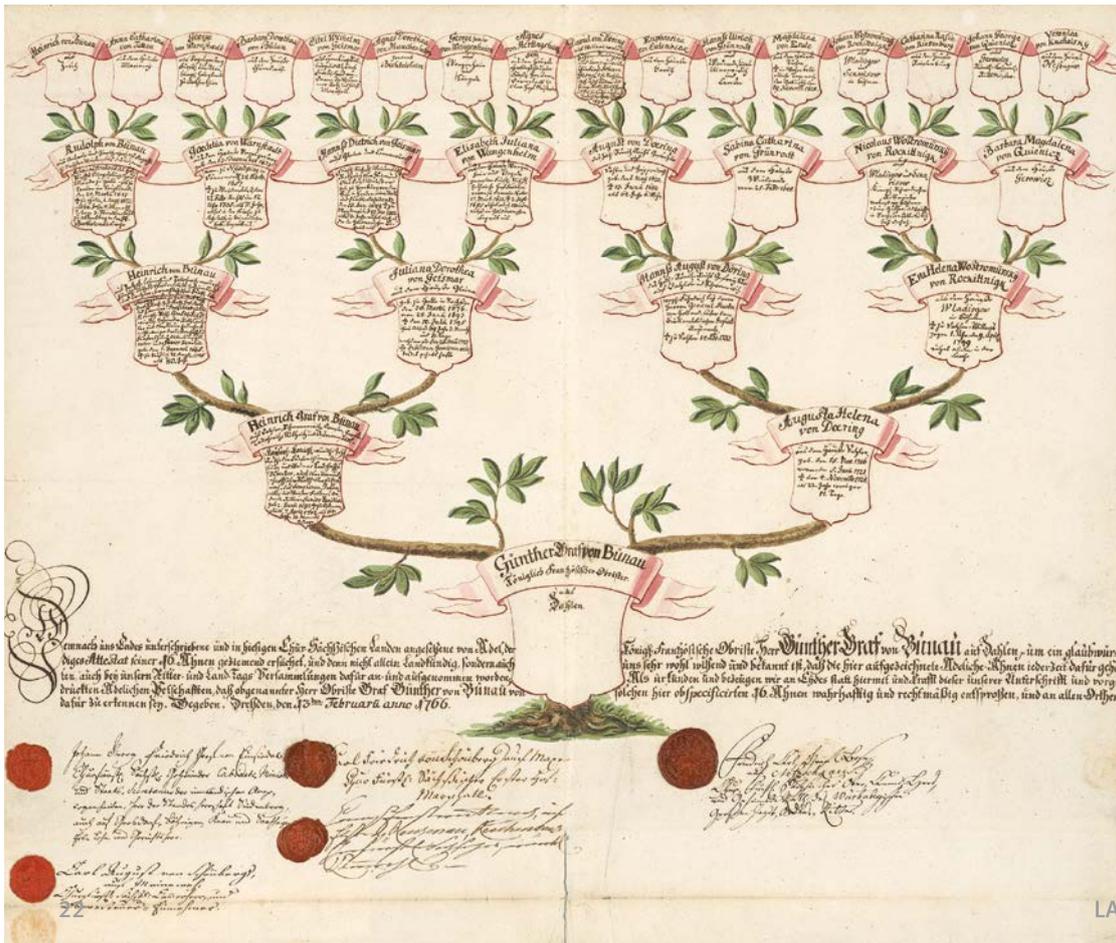
teur bei der Dresdner Morgenpost diese 1. Wahlperiode begleitet hatte. Die genannte Urkunde von 1385 betrifft die erste außerordentliche Bede, also eine direkte Steuer, die der Wettiner Wilhelm I. von allen abgabepflichtigen Einwohnern der Markgrafschaft Meißen einziehen wollte, wie es ihm zuvor die Stände – also Adel, Geistlichkeit und Städte – bewilligt

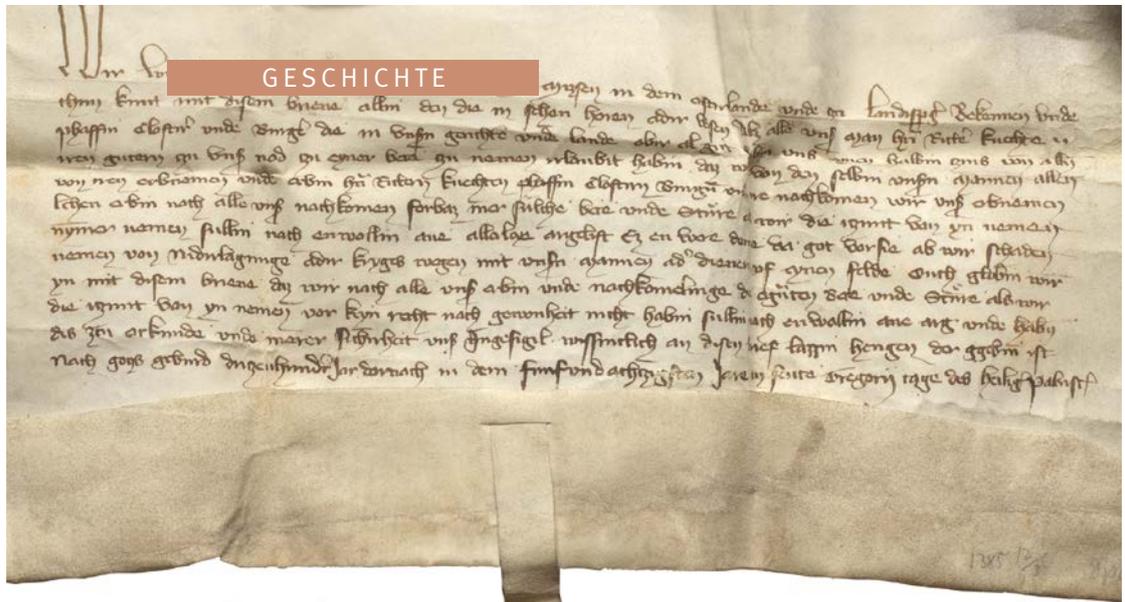
hatten. Auch wenn das politische Handeln der Stände in dieser Zeit noch nicht genauer nachvollziehbar ist, darf doch als sicher gelten, dass sie seitens des Landesherrn in politische Entscheidungsfindungen eingebunden wurden, einen gewissen Grad der Institutionalisierung erreicht hatten und gemeinsam handlungsfähig waren.

Keine durchlaufende Kontinuität

Die beiden Quellen sind in einer langen historischen Entwicklungsperspektive miteinander verbunden. Allerdings kann für die Geschichte der sächsischen Landtage keine durchlaufende Kontinuität angenommen werden. Was unter einer Ständerversammlung bzw. einem Landtag genau zu verstehen ist, muss für jede Epoche und jede politische Konstellation neu definiert werden. Der Kreis der Teilnahmeberechtigten änderte sich im Laufe der Zeit ebenso wie die Verfahren, die Kommunikation sowie die Rituale und Zeichen des Landtagsgeschehens. Auch der Einfluss der Versammlungen veränderte sich entsprechend der politischen und verfassungsmäßigen Gegebenheiten. Um die Vielschichtigkeit des Phänomens Landtag und dessen steten Wandel in der »longue durée« vom Mittelalter bis in die Gegenwart methodisch in den Griff zu bekommen, haben die beiden Herausgeberinnen Silke Marburg und Edith Schrieffl ihrer Quellensammlung einen längeren methodologischen Text vorangestellt. Ihr Konzept der »Ökonomie der Offenheiten« beinhaltet einerseits eine auf Karl-Siegbert Rehberg zurückgreifende institutionentheoretische Perspektive, um »Interdependenzen von Symbolen und Leitideen in ihrem historischen Wandel« (S. 22) zu untersuchen. Andererseits nutzen die Autorinnen die von Bernhard Giesen identifizierten fünf Modi der Latenzsicherung (Symbolisierung,

// Ahnenprobe Günther Graf Bünau auf Dahlen // Foto: Sächsisches Staatsarchiv





// Revers Markgraf Wilhelms I. zur ersten Bedeverhandlung vom 12. März 1385 // Foto: Sächsisches Staatsarchiv

Ritualisierung, Mythisierung, Normativierung und Rationalisierung), um die Voraussetzungen historischen Handelns zu beschreiben. Dieser theoretische Rahmen dürfte über den sächsischen Fall hinaus für die Forschung von Interesse sein.

Früchte der Forschung

Marburg und Schriefl gehörten dem Graduiertenkolleg an, das von 2013 bis 2018 vom Sächsischen Landtag an der TU Dresden gefördert wurde und sich unter der Leitung von Prof. Dr. Josef Matzerath und Prof. Dr. Uwe Israel mit der Geschichte der sächsischen Landtage von den Anfängen im Mittelalter bis zum ersten Sächsischen Landtag nach 1990 beschäftigte. Ziel war es, die über mehr als ein halbes Jahrtausend reichende Geschichte ständischer bzw. parlamentarischer Mitwirkung in Sachsen zu erforschen. Aufgrund der Ablehnung und Zerstörung föderaler Strukturen in Nationalsozialismus und DDR wurde diese Geschichte lange Zeit weder in der Fachwissenschaft noch in der breiteren Öffentlichkeit in ihrer Bedeutung wahrgenommen. Erst mit der Wiederbegründung des Freistaates Sachsen und des Sächsischen Landtags 1990 wurde auch das Interesse an der Geschichte dieser Institution wiederbelebt, wie sich an einem seit etwa 20 Jahren stetig wachsenden Forschungsstand zeigt. Die Früchte des Graduiertenkollegs, das der Forschung in jüngerer Zeit den entscheidenden Schub verliehen hat, sind in einer umfassenden Schriftenreihe greifbar. Sie enthält acht Monographien zu einzelnen Abschnitten und Aspekten der Landtagsgeschichte. Zudem haben die beiden Projektleiter 2019 ihre wichtige Überblicksdarstellung »Geschichte der

sächsischen Landtage« vorgelegt, die als fünfter Band der Schriftenreihe erschienen ist und die vielfältigen Forschungen summiert.

Vielfalt der Überlieferung

Die Quellensammlung von Marburg und Schriefl gibt ebenfalls einen auf der Arbeit des Graduiertenkollegs basierenden Überblick zur Geschichte der sächsischen Landtage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Sie tut dies aber nicht in einer kontinuierlichen Erzählung, sondern in Form von einzelnen Schlaglichtern – den Quellen – und diesbezüglichen Mikrostudien, die von den Mitgliedern des Graduiertenkollegs verfasst wurden. An jede Quelle schließt sich ein ausführlicherer Kommentar an, der den Typus sowie die Herkunft und Entstehung der betreffenden Quelle beschreibt und sodann den Inhalt derselben erläutert und kontextualisiert. Spannend dabei ist, dass ganz unterschiedliche Quellen in das Panorama einbezogen werden: Die Urkunde und das Interview wurden bereits genannt, wir finden aber auch einen Briefwechsel, eine Dienstbestellung, ein Emblem (Imprese), eine Ahnenprobe, Gesprächsnotizen, stenografische Tagebuchaufzeichnungen, eine Eröffnungsrede (die sogar

als Tondokument vorliegt), eine Fotografie und anderes mehr. Diese verschiedenen Quellen zeigen – ganz unabhängig von ihrem die Epochen überspannenden Inhalt – die Vielfalt der Überlieferung zur sächsischen Landtagsgeschichte. Die Zeitspanne vom Mittelalter bis zur Gegenwart deutet auf eine lange Tradition der politischen Versammlungen in Sachsen. Die Lücken in der Quellensammlung, etwa für die Zeit des Nationalsozialismus oder der DDR, offenbaren aber deutlich, dass auch die Geschichte der Landtage Brüche und Diskontinuitäten beinhaltet, die in einer epo-

chenübergreifenden Perspektive nicht ausgeblendet werden dürfen.

Für die politische Bildungsarbeit in Schule und Erwachsenenbildung bietet die Geschichte der sächsischen Landtage vielfältige Anregungen. Durch die vorliegende Quellensammlung sind für den Unterricht geeignete Texte samt Erläuterungen nun problemlos greifbar. Die Forschung wird sich künftig sicherlich noch intensiver mit dem von Marburg und Schriefl vorgelegten Konzept der politischen Versammlung als »Ökonomie der Offenheiten« beschäftigen. Es könnte nicht zuletzt als Grundlage genutzt werden, um nach der Geschichte der sächsischen Landtage auch die ebenso vielfältige und hinsichtlich der Quellen- und Forschungslage gleichermaßen komplexe Geschichte der Oberlausitzer Landtage zu bearbeiten, die ebenfalls zur Geschichte des Parlamentarismus in Sachsen gehört.



Das Buch »Die politische Versammlung als Ökonomie der Offenheiten. Kommentierte Quellen zur Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis in die Gegenwart« der Herausgeberinnen Silke Marburg und Edith Schriefl ist als achter Band der Reihe »Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage« im Jan Thorbecke Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich.

SERVICE

Weihnachtstraditionen im Landtag

Am 26. November 2021 übergab der sächsische Waldbesitzerverband einheimische Weißtannen an Parlamentspräsident Dr. Matthias Röbner. Die Bäume stammten aus einem privaten Forstbetrieb in der Nähe von Dippoldiswalde (Sächsische Schweiz/Osterzgebirge) und schmückten in den zurückliegenden Wochen sowohl die Eingangsbereiche als auch das Bürgerfoyer im Landtagsneubau.

So richtig begann die Adventszeit im Sächsischen Landtag aber erst wenige Tage später mit Anschlag der 4,50 Meter hohen erzgebirgischen Weihnachtspyramide. Die kunstvoll gefertigte Holzkonstruktion besteht aus drei Etagen mit insgesamt 13 Figuren. Sie bringt ein Gewicht von 1,2 Tonnen auf die Waage.

Nach dem Pyramidenstart überreichte der Erzgebirgische Stollenverband dem Landtagspräsidenten symbolisch einen Weihnachtsstollen.



Foto: S. Füssel

Publikation zum Festakt am Tag der Deutschen Einheit

Am 3. Oktober 2021 erinnerte der Sächsische Landtag mit einer Feierstunde an die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit. Festredner war der ehemalige französische Premierminister Jean-Marc Ayrault. Alle Reden der Veranstaltung sind nun zum Nachlesen in einer Broschüre erschienen. Die Publikation kann kostenfrei beim Sächsischen Landtag bestellt werden.



BESTELLUNG
publikation@slt.sachsen.de
Tel. 0351 493-5133

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:
09.02. – 10.02.2022
23.03. – 24.03.2022
04.05. – 05.05.2022
01.06. – 02.06.2022
13.07. – 14.07.2022

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Bis auf Weiteres finden keine Präsenzfürhungen statt. Anmeldungen für digitale Live-Besucherprogramme erfolgen unter
Tel. 0351 493-5132

Bürgerfoyer

Das Bürgerfoyer mit Ausstellung ist bis auf Weiteres geschlossen.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden
Redaktionsschluss: 05.01.2022
Gastautoren: Prof. Dr. Andreas Rutz (TU Dresden), Nils Fechner (Großdubrau)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshml

www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshml



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)